

Evangelische Erwachsenenbildung im Kirchenkreis An Nahe und Glan

Themenreihe **Brennpunkt Flucht - Ursachen und regionale Krisen**



Brennpunkt Naher und Mittlerer Osten aktuelle Entwicklungen in der Krisenregion

Clemens Ronnefeldt

Referent für Friedensfragen, Internationaler Versöhnungsbund

Sonntag, 26. Mai 2019
18-20 Uhr

Dietrich - Bonhoeffer Haus
Kurhausstr. 6, Bad Kreuznach

weitere Informationen:

Pfarramt für Ausländerarbeit
Pfr. Siegfried Pick
Kurhausstr. 8, Bad Kreuznach
Tel: 0671-8459152
Mail: info@auslaenderpfarramt.de

Veranstalter:

EEB An Nahe und Glan
Pfarramt für Ausländerarbeit
Pfr. Siegfried Pick
Tel.: 0671-8459152
www.auslaenderpfarramt.de

gefördert von:



RheinlandPfalz

MINISTERIUM FÜR
WISSENSCHAFT, WEITERBILDUNG
UND KULTUR

Alle Veranstaltungen finden im Bonhoeffer-Haus, Kurhausstraße 6, KH statt.

Der vordere Orient kommt nicht zur Ruhe

Nachdem der sogenannte «Islamische Staat», der weder ein «Staat» noch «islamisch» war, weitestgehend Geschichte ist, kommt der vordere Orient dennoch nicht zur Ruhe.

Im israelisch-palästinensischen Konflikt hatte die palästinensische Seite vermutlich seit 1967 noch nie eine so schwache Position wie derzeit.

Nach neun Jahren wurde 2018 im Libanon wieder gewählt, erst nach acht Monaten stand Anfang 2019 die neue Regierung mit Ministerpräsident Saad Hariri und Staatspräsident Michel Aoun. Erstmals sind vier Frauen Ministerinnen und erstmals wurde das wichtige Innenministerium in einem Land der arabischen Welt mit einer Frau besetzt. Und weil der ehemalige Leibarzt von Hassan Nasrallah Gesundheitsminister wurde, drohte die US-Regierung umgehend mit der Kürzung humanitärer Hilfe für den Zedernstaat.

In Amman demonstrierten seit Mitte des Jahres 2018 mehrere Tausend Menschen für ein Ende der Korruption, einen sofortigen Stopp der Erhöhung von Steuern, Lebensmittel-, Benzin- und Strompreisen; die Regierung antwortete mit Knüppeln und Tränengas.

Im Herbst 2018 forderte der jordanische König Abdullah II von Israel zwei Gebiete an der jordanisch-israelischen Grenze zurück, die im Friedensvertrag von 1994 für 25 Jahren an Israel verpachtet worden waren. Abdullah II möchte den Pachtvertrag nicht mehr verlängern und riskiert dadurch Sanktionen Israels etwa bei der Entnahme von Wasser aus dem See Genesareth, auf das Jordanien dringend angewiesen ist. Innenpolitisch hat sich der König vor dem Hintergrund der Sozialkonflikte erstmal etwas Luft verschafft – eine Lösung mit Israel wird spätestens am 25. Oktober 2019 notwendig, wenn der bisherige Vertrag auslaufen wird.

Im syrischen Idlib ist die frühere Nusra-Front, jetzt Hayat Tahrir Al-Sham (Bündnis zur Befreiung Syriens) die dominierende Kraft geworden. Es bleibt die Frage offen, was mit allen dort lebenden Kämpfern weiter passieren wird – und ob eine Vereinbarung, die Lage nicht mittels Krieg zu lösen, halten wird.

Nach dem angekündigten Abzug der US-Truppen aus der Region Rojava besteht die Gefahr eines türkischen Einmarsches in Richtung Osten über die Stadt Manbidsch hinaus. Ein Verzicht Erdogans darauf wäre möglich, wenn die kurdischen Selbstverteidigungskräfte ihre Milizen zehn bis 30 Kilometer von der türkisch-syrischen Grenze zurückziehen. Die türkische Regierung möchte Tausende syrische Flücht-

linge, die derzeit in der Türkei leben, in Rojava ansiedeln – was dieses Gebiet demographisch verändern würde. Die kurdischen Selbstverteidigungskräfte haben Ende 2018 die wieder erstarkte Regierung in Damaskus um militärischen Beistand im Falle einer weiteren türkischen Invasion gebeten.

Nachdem die syrische Regierung mit Hilfe Russlands, Irans und der libanesischen Hizbollah ein großes zusammenhängendes syrisches Staatsgebiet – mit Ausnahme von Idlib und Rojava – wieder hergestellt hat, stellt sich die Frage nach der dauerhaften Anwesenheit iranischer Militärberater, Soldaten sowie deren Militäreinrichtungen auf syrischen Boden.

In den letzten Monaten konnte von einem Stellvertreterkrieg zwischen Israel und Iran auf syrischem Boden gesprochen werden – wobei die israelische Luftwaffe mehrere Dutzend iranische Ziele in Syrien bombardiert hat, mit großen Schäden und etlichen Toten. Bisher hat der Iran nicht militärisch reagiert und so eine unkontrollierte Eskalation vermieden. Es fragt sich allerdings, wie lange Ayatollah Chamenei und die Führung in Teheran diese Demütigungen hinnehmen werden.

Nach dem Abschuss einer unbewaffneten iranischen Drohne an der israelisch-jordanischen Grenze durch das israelische Militär im Frühjahr 2018, den darauf folgenden israelischen Militärschlägen auf die vermutete Drohnen-Startbasis sowie dem Abschuss eines F-16-Jets der IDF auf dem Rückflug stehen die Zeichen derzeit eher auf Eskalation.

Am 9. April 2019 wird in Israel gewählt – und Benjamin Netanjahu hat berechtigten Grund, sich Sorgen zu machen: seine beiden stärksten Widersacher Benny Gantz und Yair Lapid haben ein Bündnis geschlossen, das der israelische Premier offenbar für so gefährlich für seinen Machterhalt hielt, dass er Ende Februar 2019 sogar eine geplante Russlandreise absagte. Obwohl traditionell Militäraktionen in Israel nicht kommentiert werden, hat Premier Netanjahu in den letzten Monaten israelische Angriffe auf iranische Stellungen öffentlich gemacht – vermutlich auch im Hinblick auf die Wahlen. Militärische Stärke kommt noch immer bei großen Teilen der israelischen Bevölkerung gut an; weitere Bombardierungen in Syrien in Zukunft sind daher wahrscheinlich und beinhalten ein erhebliches Eskalationspotenzial. **Clemens Ronnefeldt**

Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des internationalen Versöhnungsbundes.